



Geld für leere Busse oder für ein Sozialticket?

Die DKP fordert das Sozialticket. Es ist auch ein Bestandteil des Kommunalwahlprogramms der Partei DIE LINKE. Bekanntlich sind NRW-Landesmittel dafür vorhanden, die aber nicht genutzt werden.

Der Haken bei der Sache ist: Ohne eigene Zuschüsse können Stadt und Kreis diese Mittel nicht erhalten. Von 10.000 Euro ist die Rede, die Minden bereit stellen müsste.

Nach Angabe des Mindener Sozialdezernenten könnten davon gerade einmal 150 Sozialtickets finanziert werden. Bei über 10.500 Menschen, die in Minden entweder Hartz IV, Sozialhilfe oder Grundsicherung erhalten, ist das weniger als der Tropfen auf den heißen Stein.

Viele Busse fahren fast leer durch die

Gegend. Warum also sollten sie nicht kostenlos weitere Menschen mitnehmen? Schließlich zahlt die Stadt allein im kommenden Jahr 543.000 Euro Verlustausgleich für den öffentlichen Personennahverkehr. Mit diesen Geldern werden die leeren Plätze in den roten BVO-Bussen finanziert.

Die Stadt Minden könnte selbst entscheiden, was als Fahrausweis anerkannt wird. Darauf weist der Verkehrsclub Deutschland (VCD), Kreisverband Minden - Lübbecke - Herford in seinem Konzept für ein Sozialticket für Minden hin. Die Stadt müsste dafür nur Berechtigungsausweise ausstellen.

Leider würde das nur für die roten BVO-Busse und nur auf dem Stadtgebiet gelten. Für andere Linien und Betreiber müssten zusätzliche Lösun-

gen gesucht werden. Auch dafür hat der VCD einige Vorschläge entwickelt. So könnte die Stadt z.B. Tickets zu Großkunden-Konditionen beziehen und preisreduziert an die Berechtigten weitergeben.

Diese Vorschläge müssen in den Beratungen über ein Sozialticket für Minden unbedingt aufgenommen werden.

Renten-Irrsinn

Ab Januar sollen die Rentenbeiträge sinken. Dabei nimmt die Zahl der Rentnerinnen und Rentner zu, die mit ihrer Rente nicht auskommen. Immer mehr Menschen werden in die Altersarmut getrieben; durch Niedriglöhne, Minijobs, Ausfallzeiten wegen Erwerbslosigkeit oder die Notwendigkeit, wegen Krankheit früher in Rente gehen zu müssen.

Immer mehr Neurentner landen in der Grundsicherung. Das Rentenniveau soll in den kommenden Jahren noch weiter sinken.

Und die Renten selber? Seit der Jahrtausendwende lagen 11 von 13 Rentenanpassungen unter der Inflationsrate.

Die Senkung des Rentenbeitrags ist ein Schlag ins Gesicht der jetzigen und künftigen Rentnerinnen und Rentner. Sie dient allein den Interessen der Unternehmen, die erneut ihre Lohnkosten senken können.



Foto: An dem europaweiten Aktionstag gegen TTIP und CETA am 11.10. beteilige sich auch das Mindener Bündnis gegen Freihandelsabkommen

TTIP & CETA stoppen!

Nein zu den Freihandelsabkommen der Banken und Konzerne! (mehr dazu auf Seite 4)

Haushaltsentwurf für 2015

Schon wieder: Mieter zur Kasse

Zuerst etwas Lobenswertes: 7 Stellen von Schulsozialarbeiter_innen wurden von der Stadt Minden übernommen. Sie können damit ihre Arbeit unbefristet fortsetzen.

Noch wird in Schulen und Kindergärten investiert. Doch das Beispiel der Hohenstaufenschule zeigt, wie unzureichend das erfolgt. Hier wurden Hinweise auf die Schimmelbelastung der Turnhalle lange Zeit schlichtweg überhört. Jetzt ist das Problem einfach nicht mehr zu leugnen. Schon zu lange ist eine qualifizierte Bauunterhaltung dem Rotstift zum Opfer gefallen.

Es wird immer enger. Ab dem Jahr 2016 sollen gar keine neuen Kredite mehr aufgenommen werden dürfen. Das verlangt der sogenannte Stärkungspakt Stadtfinanzen des Landes NRW.

Steigende Zahlen für weitere

Kürzungen im Stadthaushalt sind für die kommenden Jahre schon ange setzt. Wie sie dann umgesetzt werden sollen, welche Folgen das haben wird: Das ist völlig offen. In absehbarer Zeit soll es überhaupt keine Investitionen mehr geben dürfen, die nicht über Gebühren wieder hereinkommen.

Sogenannte freiwillige Leistungen sind jetzt schon nur mit der Lupe zu finden. An vielen Stellen ist nur noch ein dürftiges Skelett von Leistungen vorhanden. Für die Förderung von Schülern, die Inklusion oder ausreichende Sprachförderung für Flüchtlinge und vieles Notwendige fehlen die Mittel.

Die Bemühungen, die sozial besonders benachteiligten Wohngebiete Rodenbeck und Bärenkämpfen zu fördern, sind lobenswert, aber zur Sparflamme verdammt.

Kein Erfolg auf Dauer

Erneut gehen die Gewerbesteuer einnahmen zurück. Die Wirtschaft stagniert.

Das deutsche Wirtschaftsmodell, mit seiner aggressiven Exportstrategie, einer Kombination von Hochtechnologie und Billiglöhnen andere Länder nieder zu konkurrieren, kann auf Dauer nicht funktionieren. In etlichen Ländern, in die früher exportiert wurde, sind inzwischen große Teile der Bevölkerung verarmt. Dazu gehören Griechenland, Italien, Spanien und Portugal.

Die Bankenrettungen ließen die Staatshaushalte ausbluten. Und die von der Merkel-Regierung verordneten Kürzungen bedeuten Arbeitsplatzvernichtung, Lohnsenkungen, Obdachlosigkeit und Verelendung. Das kommt nun wie ein Bumerang zurück.

Ausverkauf an Allianz & Co

Für Investitionen in die Infrastruktur wie z.B.: Straßenbau und deren Unterhaltung, werden im Schäuble-Ministerium schon mal Expertengespräche mit möglichen Investoren, allen voran die Allianz (man kennt sich - dank Riester) und andere Finanzunternehmen geführt. Frei nach dem Motto: "Investieren ohne neue Schulden". Hier wird ein gewinnträchtiges Geschäft für die Versicherungswirtschaft und sonstige Kapitalsammelstellen angebahnt.

Bei so einem Angebot von höchster Stelle (BFM), kann man schon mal entsprechende Forderungen erheben. Der Chef der Allianz fordert eine Rendite von sieben Prozent und mehr.

Das ist ein Mehrfaches von dem, was der Bund für öffentliche Kredite an Zinsen zahlen muss.

Neue Einnahmemöglichkeiten werden krampfhaft gesucht. Nach der Erhöhung der Parkplatzgebühren wird nun die Vergabe von Knöllchen für Falschparker und die Suche nach Geschwindigkeitssündern vorangetrieben. Das vorrangige Ziel ist, die Einnahmen zu erhöhen. Denn erneut gehen die Gewerbesteuer einnahmen wegen der schwachen Konjunktur zurück. Das deutsche Wirtschaftsmodell, mit einer aggressiven Exportstrategie und einem großen Niedriglohnssektor andere Länder nieder zu konkurrieren, erschöpft sich.

Der Haushaltsentwurf geht davon aus, dass die Kreisumlage gesenkt wird. Aller Voraussicht nach ein frommer Wunsch.

Doch eines wurde schon einmal klar gestellt: haut das Zahlenwerk nicht hin, dann wird erneut die Grundsteuer B angehoben. Die zahlen die Hausbesitzer und die Mieter als Nebenkosten mit ihrer Miete. Eine sichere Geldquelle. Aber völlig unsozial.



Der Allianz & Co sollen die Gewinne auf unsere Kosten garantiert werden. Für uns stehen dann steigende Gebühren, Abgaben und weiterer Sozialabbau ins Haus.

Herausgeber: DKP Minden,
V.i.S.d.P.: G. von der Ahe,
Brahmsweg 11, 32427 Minden

Kreisumlage: Wenn zwei sich streiten....

Die klammen öffentlichen Kassen betreffen die Städte, Gemeinden und die Kreise gemeinsam. Die Verantwortung auf den Kreis zu lenken ist ein reines Ablenkungsmanöver. Eine Art Zank um wenige Brosamen. Anstatt der Sache gemeinsam auf den Grund zu gehen und Widerstand zu leisten.

Ohne die Steuergeschenke der rot-grünen Koalition im Jahr 2000 – unter dem Beifall von CDU/CSU und FDP - hätten die öffentlichen Kassen jährlich 50 Milliarden Euro mehr. Und würde die Vermögenssteuer für die Millionäre und Milliardäre dieses Landes wieder erhoben werden, kämen noch einmal 20 Milliarden

dazu.

Vor der Bundestagswahl spielte die Frage, wohin der Reichtum fließt, noch eine gewisse Rolle. Nun scheint die Verteilungsfrage in der Versenkung der Großen Koalition gelandet zu sein.

Höchste Zeit, sie wieder zu stellen!

.... bleibt Vieles im Dunkeln

Nach den aktuellen Reichtumsberichten ist das „Geldvermögen der Deutschen auf Rekordwert“ geklettert. So lautete die Schlagzeile des Mindener Tageblattes. So wird die Wahrheit verschleiert. Denn nur eine kleine Minderheit hat trotz Krise ihren Reichtum märchenhaft vermehrt.

Nach der Schweizer Bank Credit Suisse stehen in Deutschland die 5.548 Superreichen mit jeweils mehr als 50 Millionen Dollar Vermögen



mit ihren Zuwächsen an dritter Stelle in der Welt. In Europa betrug allein der Vermögenszuwachs dieser Super-

reichen 10,6 Prozent oder 85 Billionen Dollar. Eine unvorstellbare Summe. Dabei sind viele Vermögenswerte gar nicht erfasst.

Übrigens hat die Nichterhebung der Vermögenssteuer für die Millionäre unseres Landes einen schönen Nebeneffekt: Die Finanzämter haben den Überblick über deren Besitztümer verloren. Und so wird ihr Reichtum in allen Statistiken unterschätzt.

Mangelware

Die LEG vermeldet in ihrem Wohnungsmarktreport NRW 2014 leicht sinkende Mieten im Luxussegment. Das ist auch in Minden-Lübbecke der Fall. Das nutzt dem Großteil der Bevölkerung überhaupt nichts.

Bei Neuvermietungen wurden die Preise für eher einfache Wohnungen im Durchschnitt um 2,7 Prozent erhöht. Gerade die werden besonders gebraucht; von Alleinstehenden, Menschen, die auf Hartz IV angewiesen sind, Singles und Rentnern.

Mehr Beschäftigte und eine trotzdem niedrige Kaufkraft sprechen für die Verbreitung von Niedriglöhnen in unserer Region.

Wenn auch die Wohnungslage bei uns nicht so angespannt ist wie in Ballungsgebieten: so werden die Kosten für das Wohnen für Niedrigverdiener, Familien mit Kindern und Rentnern zu einem immer größeren Problem.

Halbherzige energetische Modernisierungen mit zweifelhaften Effekten aber deutlichen Mietsteigerungen verschärfen das Problem. Die steigenden Grundsteuern tragen mit dazu bei.

In Minden werden weiterhin Wohnungen fast nur im sogenannten Luxussegment gebaut. Wir brauchen hier ein Umsteuern. Das unterstreicht die Forderungen der DKP: Gute und preisgünstige Wohnungen für Alleinstehende und für große Familien müssen gebaut werden. Und das in kommunaler oder genossenschaftlicher Trägerschaft.

Die wichtigsten Voraussetzungen für eine soziale Wohnungs- und Mietpolitik sind eine dauerhafte Begrenzung der Mietpreise, ein sozialer Wohnungsbau, der diesen Namen verdient, und die Überführung der privaten Immobiliengesellschaften in öffentliches Eigentum.

10 Jahre Hartz IV

Das Ergebnis: wuchernde Niedriglöhne; Abschaffung von Rechten für Betroffene; Zwangsmittel und Sanktionen statt Hilfen; Erpressung von Beschäftigten, aus Angst jede Verschlechterung von Entlohnung und Arbeitszeiten hinzunehmen.

„Heute müssen wir alles dafür tun (dafür kämpfen), um die Regelsätze auf ein menschenwürdiges Niveau zu erhöhen, mit dem Ziel „Hartz IV“ generell abzuschaffen. Wir müssen die Politik zwingen, die Rahmenbedingungen für „Arbeit für alle“ zu schaffen. Unterstützt von den Gewerkschaften, die eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich auf Ihre Agenda setzen und dazu ihre Mitglieder mobilisieren.- Heute eine Utopie - sie wird es bleiben, wenn wir uns nicht organisieren und uns zu Wort melden.“

DKP
Deutsche Kommunistische Partei
Minden
dkp-minden.de

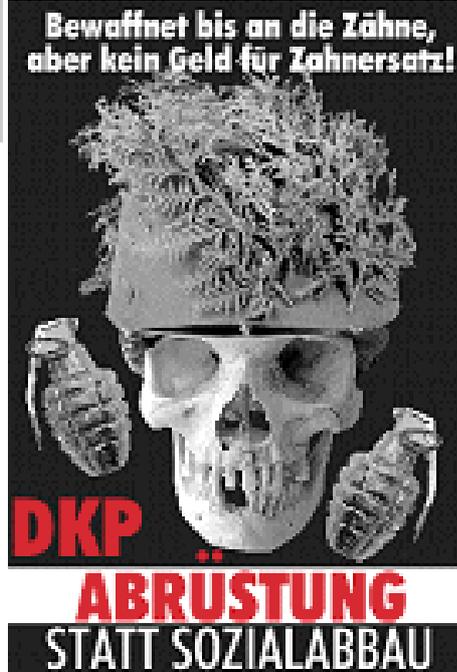
Marode Bundeswehr?

Was für ein Zufall. Da beschloss die NATO-Tagung im September, dass die Rüstungsausgaben nun aber endlich auf mindestens 2 Prozent des Bruttoinlandprodukts angehoben werden müssen. Derzeit liegen die deutschen Rüstungsausgaben mit ihren rund 32 Milliarden Euro „nur“ bei 1,3 Prozent.

Plötzlich wird wenige Wochen später wie aus heiterem Himmel entdeckt, dass die ganze Bundeswehr gar nicht einsatzfähig ist. Panzer können nicht rollen, Flugzeuge und Helikopter nicht

fliegen. So werden angebliche Notwendigkeiten geschaffen. Um die Bevölkerung weich zu klopfen. Für noch mehr Rüstung. Dafür soll dann auch das neue alte Feindbild Russland /Putin helfen.

Denn es geht um ganz viel Geld: Eine Steigerung auf zwei Prozent des BIP wären 55 Prozent oder 17,5 Milliarden Euro im Jahr mehr. Das ergäbe dann 49,5 Milliarden Euro im Jahr. Die Rüstungsindustrie steht schon in den Startlöchern.



Ein stiller Staatsstreich der Konzerne

Was kann bei Verhandlungen herauskommen, die von den Lobbyverbänden der Konzerne vorbereitet wurden und nun intensiv von ihnen begleitet werden?

Bei denen die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist?

Was bisher durchgesickert ist und veröffentlicht wurde, lässt Schlimmes befürchten.

Konzerne gegen Staaten

Unternehmen sollen Staaten und Kommunen verklagen können, wenn ihre erwarteten Gewinne durch staatliche oder kommunale Entscheidungen geschmälert werden. Das können Umweltauflagen sein, die Erhöhung des Mindestlohns oder das Verbot von Giftmülldeponien.

Geklagt wird vor privaten Schiedsgerichten, bestehend aus drei Wirtschaftsanwälten, die geheim tagen und deren Entscheidungen nicht angefochten werden können.

Konzerne gegen Demokratie

Neue überstaatliche Gremien sollen

geschaffen werden.

Ein "Regulatorischer Rat" zwischen EU und USA soll alle Gesetze und Regelungen unter die Lupe nehmen, ob sie die Gewinne der Konzerne und Banken schmälern könnten.



Dieser Rat soll mit „Experten“ zusammenarbeiten. Diese Experten sind die Lobbyvertreter der großen Konzerne diesseits und jenseits des Atlantiks.

Der demokratischen Kontrolle sind diese Gremien entzogen. Damit

könnten künftig die Konzerne die Gesetze schreiben.

TTIP & CETA

Das Transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen zwischen EU und USA (TTI) soll bereits 2015 in aller Eile fertig verhandelt sein. Ein ähnliches Abkommen mit Kanada ist fertig verhandelt (CETA).

Ob Umwelt- und Verbraucherschutz, die kommunale Daseinsvorsorge, soziale Rechte oder die Rechte der Beschäftigten: Alles soll der Freiheit der großen Banken und Konzerne untergeordnet werden.

Deshalb: TTIP und CETA verhindern! Die selbstorganierte Europäische Bürgerinitiative unterstützen!

www.campact.de
www.ttip-unfairhandelbar.de

